



Regierungsratsbeschluss vom 24. Oktober 2017

Interpellation Nr. 105 Heiner Vischer betreffend Profil der Stelle "politische Interessensvertretung" von Basel-Stadt in Bern; schriftliche Beantwortung

P175323

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Der Kanton Basel-Stadt hat seine Einflussnahme in Bundesbern in den letzten Jahren in vielfältiger Weise verstärkt und intensiviert. Neben der Gremienarbeit im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen, einschliesslich der Fachdirektorenkonferenzen, gehört hierzu auch die koordinierte Interessensvertretung im Rahmen der Nordwestschweizer Regierungskonferenz. Zudem wurde die Grundlagenarbeit im Bereich der Interessensvertretung verstärkt, was insbesondere für die Gremienarbeit einen Mehrwert bringt und im Sinne der Politikvorbereitung eine zusätzliche Dienstleistung für die gewählten Politikerinnen und Politiker darstellt. Auch im Vergleich mit anderen Kantonen ist Basel-Stadt mit der Konzentration dieser Aufgaben im Präsidialdepartement in der Abteilung Aussenbeziehungen und Standortmarketing gut aufgestellt. Eine grundsätzliche Neuausrichtung der politischen Vorbereitung der Geschäfte in Bundesbern oder gar die Schaffung einer Lobbying-Stelle auf Verwaltungsebene ist aus Sicht des Regierungsrates nicht angezeigt und wird deshalb auch nicht angestrebt.

